

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 98 (2013)

Heft: 3

Artikel: "Biffez le culte de la vie publique!"

Autor: Rudolf, Georges

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gemeinsame Erklärung der laizistischen, humanistischen und atheistischen Vereinigungen und der Freidenker

«Straftatbestand der Gotteslästerung abschaffen!»

Seit 1999 verlangt die Organisation für Islamische Zusammenarbeit – OIC mit Sitz in Saudi-Arabien, der 57 Staaten angehören, in denen der Islam Staatsreligion, Religion der Bevölkerungsmehrheit oder Religion einer grossen Minderheit ist – den Abschluss eines internationalen Abkommens, das «Gotteslästerung» definiert und kriminalisiert.

Nachdem im Herbst 2012 das provozierende Youtube-Video «Innocence of Muslims» aus den USA, dessen Produzenten immer noch nicht wirklich bekannt sind, und erneute Mohammed-Karikaturen in Frankreich weltweit Schlagzeilen gemacht hatten, ist es in der «muslimischen Welt» wieder zu mehreren, offenbar gut koordinierten und meist gewalttamen Demonstrationen gekommen. Die OIC bekräftigte in der Folge bei den Vereinten Nationen ihre Forderung nach einem weltweiten Blasphemieverbot.

In Griechenland, wo es den Tatbestand der Blasphemie gibt, war zu dieser Zeit ein junger Bürger inhaftiert, weil er sich im Internet über einen «Heiligen» des orthodoxen Christentums lustig gemacht hatte.

Im September 2012 verabschiedete die russische Duma, mit Einverständnis der orthodoxen und muslimischen Autoritäten, eine Strafverschärfung bei Gotteslästerung.

In Indien tadelten die katholischen Autoritäten den Zentralen Rat für Filmzertifizierung (Zensur), weil er nicht gegen einen Bollywood-Film vorging, in dem «der Katholizismus verunglimpft» werde.

In Frankreich forderten katholische Kreise ein Verbot von Theaterstücken oder Ausstellungen, weil sie «blasphemisch» seien.

In weiten Teilen Europas ist der Straftatbestand der «Gotteslästerung» immer noch Gesetz, auch wenn die Mehrheit der öffentlichen Meinung, die sich an der Meinungsfreiheit orientiert, verhindert, dass diese Gesetze angewendet werden. Selbst in Frankreich wurde vor wenigen Jahren gegen Aktivisten von «Act-Up» ermittelt, denn im Elsass ist das deutsche Strafgesetzbuch mit dem entsprechenden Tatbestand weiterhin gültig.

Am 20. September 2012 hat Catherine Ashton, Repräsentantin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, mit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, dem Generalsekretär der Arabischen Liga und dem Präsidenten der Kommission der Afrikanischen Einheit eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, in der steht: «Wir glauben an die Notwendigkeit, alle Propheten zu respektieren, egal welcher Religion sie angehören.»*

Diese Position kann Angriffe auf die Meinungsäusserungsfreiheit und eine Verschärfung der Repression erleichtern; sie gefährdet säkulare oder laizistische Gesetze – nicht nur in Europa –, die das Recht auf Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, Presse- und Kunstrechte schützen; sie bedeutet damit eine Gefahr für die Freiheit und für die körperliche Unversehrtheit aller, weil sie ein Tor öffnet für willkürliche Entscheidungen.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb die Rücknahme dieser EU-Stellungnahme und verlangen die Einstellung aller Strafverfahren, die sich gegen Menschen richten, die unter Verdacht des reaktionären «Straftatbestands der Gotteslästerung» stehen.

Rund 40 säkulare Organisationen haben diese Erklärung unterzeichnet, darunter auch die FVS.



Marc Blondel, Präsident FNLP

Demonstration in Strassburg

Konkordat «Alsace-Moselle» abschaffen!

Die französische Fédération Nationale de la Libre Pensée (FNLP) und die Union Rationaliste veranstalteten gemeinsam mit weiteren Organisationen eine öffentliche Kundgebung in Strassburg und forderten die Abschaffung des Konkordats «Alsace-Moselle». Das Konkordat, das im Jahr 1801 unterzeichnet wurde, ist eine Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl, die im Widerspruch zum vorherrschenden Säkularismus in Frankreich steht. Unter dem Konkordat, vereinbart vor dem Gesetz von 1905 über die Trennung von Kirche und Staat, vergibt die Region Alsace-Moselle weitgehende Privilegien an die Kirchen und öffentliche Subventionen für religiöse Gruppen. (hpd)

Mehr als 200 Säkulare nahmen an der Kundgebung teil, darunter auch Eric Perruchoud, Präsident FVS-Sektion Genf und neu Mitglied des Zentralvorstandes der FVS, und Georges Rudolf, Präsident der Basler Sektion Union, der im Folgenden seine Eindrücke berichtet:

Georges Rudolf



«Bifiez le culte de la vie publique!»

Unsere französischen Mitstreiter von der FNLP haben gerufen, rund zweihundert aus allen Teilen Frankreich sind gekommen; ebenso Delegierte aus verschiedenen Nationen der EU und aus der Schweiz. Die zentral gelegene Place Broglie, ein durch zwei Reihen Bäume gegliedertes Rechteck von etwa 300 x 50 Metern, gesäumt von öffentlichen Gebäuden mit klassizistischen Fassaden, gab eine eindrückliche Kulisse für die Veranstaltung. Marc Blondel, Präsident der FNLP, beschwore die «Unité de la République», in deren Namen auch in den Departementen Alsace-Moselle und Lorraine die – der französischen politischen Staatsordnung fremde – offene Verschränkung von staatlicher Macht und religiöser, insbesondere kuriekatholischer Einflussnahme abgeschafft werden muss.

Aus den Grussbotschaften der Vereinigungen aus den umliegenden Ländern trat ein grosses Spektrum von Varianten der Verschränkung von heutigen politischen Entscheiden und Entscheidungsträgern mit den zäh an ihrem Einfluss aufs Leben hängenden Jenseits-Ideologien hervor.

Eric Perruchoud beschrieb kurz und prägnant die seit 1907 geltende weitgehende Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften in Republik und Kanton Genf – und erhielt für seinen Schlussatz: «Bifiez le culte de la vie publique!», «Streichen Sie den Kultus aus dem öffentlichen Leben!», donnernden Applaus. Am anderen Ende der Skala beschrieb der spanische Delegierte die während Jahren wiederholte offene Parteinahme amtlicher Stellen gegen eine Veranstaltung der spanischen Freidenker-Union auf einem öffentlichen Platz in Madrid während der Karwoche. Dazwischen schienen Splitter der unterschiedlichsten Beziehungen zwischen den freidenkerischen Vereinigungen in Westeuropa und den über religiöse Ideologien mächtig Gebliebenen in ihren Ländern auf.

Ein besonderes Augenmerk empfahl der Spanier auf die enge Verflechtung von militärischer und religiöser Führung >> Seite 7

* http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_12602_en.htm

DEUTSCHLAND

Religionsunterricht für Scheidungskinder «zuträglich»

Das Kölner Oberlandesgericht hat entschieden, dass katholischer Religionsunterricht dem Wohl von Kindern konfessionsfreier Eltern «zuträglich» sein soll. Ein konfessionsfreier Vater hat dies im Scheidungsstreit für das bei der ebenfalls konfessionsfreien Mutter lebende Kind erstritten. Das Gericht stellt sich damit gegen die gelebte Realität einer mehrheitlich kirchenabstinenten Gesellschaft und befördert zudem Scheidungsstreitigkeiten.

Der Islam gehört nun offiziell zu Deutschland

Die Ahmadiyyas erhalten als erste muslimische Gemeinde den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Damit ist sie auf Augenhöhe mit den christlichen Kirchen und der Jüdischen Gemeinde. Die Ahmadiyya-Gemeinschaft hat in Deutschland 35'000 Anhänger in 240 Gemeinden.

Kirchliches Arbeitsrecht vom Bundesarbeitsgericht anerkannt

Ein Austritt aus der katholischen Kirche rechtfertigt nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts die ausserordentliche Kündigung eines langjährigen Mitarbeiters der Caritas. Die Richter stärkten damit das gesonderte Arbeitsrecht der Kirchen, das von den Mitarbeitern besondere Loyalitätspflichten verlangt. Zuvor hatte auch schon das Landesarbeitsgericht Stuttgart die Entlassung des Sozialpädagogen (60) als rechtmässig bezeichnet und auf das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen verwiesen. Dieser erwägt eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe.

FRANKREICH

Kurse über säkulare Moral an Volksschulen

Ab 2015 sollten Schüler mindestens eine Stunde pro Woche und die Gymnasiasten mindestens 18 Stunden pro Jahr Kurse über «säkulare Moral» erhalten. Der Unterricht soll auf die Verbreitung der «Werte der Republik», aber nicht einer «Staatsmoral» gerichtet sein. «Laizistische Moral ist das Gegenteil von Staatsräson», weil «jeder Bürger sich frei sein Urteil bilden müssen kann», sagte Bildungsminister Vincent Peillon: «Eine

Seite 6 >> «Biffiez le culte de la vie publique!»

zu richten, auf deren saubere Trennung zu achten ist. Ebenso soll die unterschwellige gegenseitige Liebedienerei von Wirtschaftsführern und hohen Klerikern aufgedeckt und zur Diskussion gestellt werden.

Aus meinen eigenen Erinnerungen tauchten die Audienzen der beiden Sandoz-Grössen Moret und Vasella auf, von denen bei den jeweils amtierenden Päpsten je ein Tête-à-tête durchgesickt ist.

Von einem kurzzeitigen Gegröle hinter den letzten Reihen der Zuhörer liess sich niemand beeindrucken. Es erinnerte aber alle Anwesenden an die Verletzlichkeit unserer Gruppe – wir sind wirklich die Spitze einer Bewegung, die sich ihrer selbst erst noch bewusst werden muss, um ihre Durchsetzungskraft wirklich entfalten zu können.

In der Grussbotschaft der Italiener wurde das elsässische Konkordat zum kurialen mit dem italienischen Staat Mussolinis in Beziehung gesetzt. Beide sind, wie die weiteren zwölf in Westeuropa noch existierenden Konkordate, Verletzungen des Politischen, des öffentlichen Rechts. Die Unterzeichner sprechen den Betroffenen das Recht ab, Rechte zu haben.

Demgegenüber hat nach unserem Verständnis der Staat den Rahmen zu schaffen, in dem jedem der Weg zur eigenen Freiheit ermöglicht werden kann.

Der belgische Vertreter riet dazu, als «Philosophie-Kurse» getarnten Historismus der Religionen eingehend zu prüfen: Was als «Compromis», «Kompromiss» angeboten wird, kann sich leicht als «Kompro-mission», als «Kompro-Missionieren» herausstellen.

Hamed Abdel-Samad bedroht!

Ägyptische Islamisten haben den auch hierzulande aus diversen TV-Debatten bekannten und geschätzten deutsch-ägyptischen Politologen und Autor zum Ungläubigen erklärt und seine Ermordung gefordert. Mitte Juni ist er untergetaucht. Zuvor hatte er in Kairo einen Vortrag über religiösen Faschismus im Islam gehalten.



Danach begann im Internet eine Hetzkampagne, auf Facebook erschienen gar mehrere Seiten mit Fotos, auf die «Wanted Dead!» geschrieben war.

Ein Führer der militant-islamistischen Bewegung Gamaa Islamija und ein Rhetorikprofessor an der Azhar-Universität in Kairo haben zudem im TV-Kanal Al-Hafez die ägyptischen Muslime aufgerufen, Abdel-Samad, den Apostaten, zu töten.

Auf Druck der Giordano Bruno-Stiftung und der internationalen Protestwelle hat Facebook tags darauf die Seiten mit den Mordaufrufen gesperrt, und die deutsche Bundesregierung hat die ägyptischen Behörden aufgefordert, sich von den Mordaufrufen unmissverständlich zu distanzieren und die Sicherheit von Hamed Abdel-Samad zu gewährleisten.

Die FVS hat Bundesrat Burkhalter aufgefordert, sich ebenfalls für die Sicherheit von Abdel-Samad in Ägypten einzusetzen.

demokratische Gesellschaft kann nicht nur in Angst vor der Polizei leben, sondern mit dem, «was von innen kommt, dass wir in uns tragen, das was man Moral nennt».

ÖSTERREICH

Kreuze an Volksschulen entfernt

An einer Volksschule in Wien sind nach dem Protest der Mutter einer Schülerin die Kreuze in allen Klassenzimmern entfernt worden, wie die Initiative «Religion ist Privatsache» bekannt gab. Die Frau hatte das Kreuz laut der Aussendung als religiöse Bevormundung empfunden. An der betreffenden Schule sind weniger als 50 Prozent der Schüler «als Christen gemeldet». Im Schulgesetz sind solche Fälle nicht genau geregelt.

Marc Blondel rief die Anwesenden auch dazu auf, den Stimmberechtigten die von den klerikal beeinflussten Parteien geschürte Angst vor dem Verlust der erreichten Sozialstandards zu nehmen. Diese sind ausnahmslos gegen die Verteidiger des Gottesgnadentums durchgesetzt worden, auch wenn dessen Apostel ohne Erröten behaupten, sie hätten diese Arbeit geleistet.

Den Schlusspunkt setzte Blondel mit dem Aufruf, die heute gezeigte Präsenz dieses offiziell bewilligten Anlasses über die Sektionen in die Regionen, dabei besonders ins Elsass-Lothringische, hinauszutragen: «Weder Elsässer noch die Franzosen in den anderen Departementen sollen gezwungen werden, religiöse Organisationen über Steuern zu unterstützen.»

«Europäisches Koordinationsbüro für freies Denken»

Nach der öffentlichen Veranstaltung lud die FNLP Interessierte zu einer Sitzung ein, an der gemäss Communiqué der FNLP beschlossen wurde, ein «Europäisches Koordinationsbüro für freies Denken» zu gründen, welches gemeinsame Aktionen für die Laizität, die Meinungsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche initiieren soll. Als Erstes wird eine Grundsatzzerklärung verfasst und zur Ratifizierung an alle Freidenkerorganisationen in Europa versandt. Zudem will das Büro beim Präsidenten der Europäischen Kommission vorstellig werden und Widerspruch einlegen gegen die gemeinsame Erklärung der EU und der islamischen Organisationen zur Ahndung des Tatbestands der Blasphemie. ■